

Windkraft in Finnentrop– Wer trägt die Schuld?

„Wir hier in Finnentrop entscheiden nicht über Sinn und/oder Unsinn der Energiewende“ (Helmig, Fraktionsvorsitzender der CDU; Lokal Plus).

In der Kommunalpolitik geht es um Entscheidungen, die alle Bürgerinnen und Bürger eines Ortes direkt oder indirekt betreffen. Wer als Ratsmitglied der Errichtung von Windkraftanlagen zustimmt, sagt nicht nur Ja zur Energiewende, sondern hält auch die Energiewende auf seinem eigenen Gemeindegebiet für sinnvoll. Was denn sonst?

In seiner grundsätzlichen persönlichen Stellungnahme in der Ratssitzung am 07.05.2019 (nachzulesen auf www.cdu-finntrop.de) wehrt sich der Fraktionsvorsitzende der CDU mehrfach gegen die Vorwürfe der Intransparenz und Unehrlichkeit genauso heftig, wie gegen den Vorwurf, man habe die Menschen enttäuscht, im Stich gelassen oder über deren Köpfe entschieden.

Darum geht es doch überhaupt nicht. Es kann doch niemand den Mitgliedern des Gemeinderates solche Absichten unterstellen. Wer das tut, ist nicht seriös. Punkt. Die Absichten der Fraktionsmitglieder der „*kleineren Parteien*“, aus denen diese die Windkraft in Finnentrop ablehnen, zu diffamieren, ist auch nicht seriös.

Der größte Fehler der CDU lag darin, weder die Opposition im Rat der Gemeinde Finnentrop noch die „IG Gegenwind Frettertal“ ernst zu nehmen. Offenbar war man von der Wucht mit 1.500 Unterschriften gegen die Errichtung von Windkraftanlagen völlig überrascht. Angesichts dieser Wucht einer breiten Bevölkerung verließ nun auch noch die SPD-Fraktion das gemeinsame Boot. Trotzig musste die CDU-Fraktion alleine weiterrudern und sich dem Gegenwind stellen. Für eine inhaltliche Auseinandersetzung war es viel zu spät. Weder in der Vergangenheit noch gegenwärtig hat sich die CDU der Diskussion um *Sinn und/oder Unsinn* der Energiewende gestellt.

Die Freien Wähler hatten sich bereits 2014 zur letzten Kommunalwahl eindeutig in ihrem Wahlprogramm gegen die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Finnentrop positioniert. Übrigens: Die Freien Wähler waren die einzige politische Vertretung mit einem konkreten Wahlprogramm. Drei Veranstaltungen, zwei in Serkenrode, eine in Finnentrop wurden zu diesem Thema von den Freien Wählern initiiert. Auf keiner Veranstaltung hat jemals ein CDU Mitglied mitdiskutiert. Die IG Gegenwind Frettertal hatte zu einer Informationsveranstaltung in Serkenrode eingeladen. Vertreter der CDU-Fraktion waren anwesend. Keiner hat in der Diskussion das Wort ergriffen. Im Internetportal der CDU Finnentrop fanden sich auch keine Beiträge zur Energiewende und zu deren Sinn oder Unsinn. Vielleicht sollte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende einmal fragen, ob solches Totschweigen sinnvoll war, und ob es nicht doch besser gewesen wäre, sich an dieser Diskussion frühzeitig zu beteiligen. Seine Bitte an die Bürgerinnen und Bürger: *„Haben Sie aber auch bitte ein bisschen Verständnis dafür, dass uns eine Diskussion über diese Themen hier in Finnentrop bei unseren Entscheidungsmöglichkeiten nicht wirklich weiterbringt!“* ist nicht überzeugend. Nur über Kommunikation und Diskussion überzeugt man die Bürgerinnen und Bürger. Wer sich der inhaltlichen Diskussion stellt, positioniert sich und offenbart seinen Entscheidungsweg mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht

erst in der Ratssitzung. Wer diese entscheidungstheoretischen Wege geht, gerät nicht in Gefahr, intransparent und über die Köpfe hinweg zu entscheiden. Die inhaltliche Thematik lag immer auf dem Tisch.

Schließlich liegt seit vielen Jahren die „Ökologische Ersteinschätzung Stand: 06.02.2014 Gemeinde Finnentrop“ den Ratsmitgliedern vor. Sie ist doch offenbar bis heute gültig und beschreibt für alle Suchräume ein mittleres bis hohes Konfliktpotential. Was ist eine ökologische Ersteinschätzung anderes als ein Kerngebiet der Diskussion über diese Themen (Sinn und/oder Unsinn der Energiewende)? Einen Tag nach der denkwürdigen Bekanntgabe des massiven Artensterbens hätte der Gemeinderat Finnentrop ein überzeugendes Statement abliefern können: Finnentrop sagt Nein zur Windkraft und Ja zur Landschaft und zur Artenvielfalt.

Was der Fraktionsvorsitzende der CDU in seiner persönlichen Erklärung als Kompromiss wünscht, ist ein sehr wackeliges Konstrukt. *„Ein für alle Seiten akzeptabler Kompromiss heißt dann aber auch, wir schaffen substantiell Raum für Windenergieanlagen! Wie gesagt eine Negativplanung ohne Anlagen kann es dann nicht geben aber wir können durch die Planung mitbestimmen, wieviel Anlagen, in welchem Abstand und mit welcher Höhe!“* Sind Anzahl und Höhen der Windkraftanlagen im Antrag der Projektierer denn nicht bereits vorgegeben? Hat etwa der Gemeinderat am 07.05.2019 vom Antrag der Projektierer abweichende Mengen und Höhen diskutiert und beschlossen? Und: Was ist das für ein Kompromiss, wenn die eine Seite alternativlos substantiell Raum für Windkraftanlagen geben will und zwar genau dort, wo die IG Gegenwind Frettertal sie nicht haben will?

Die Rechtsprechung wird bemüht, um denen, die gar keine Windkraft in Finnentrop wollen, die Argumente abzugraben. Es ist aber doch möglich, einer evtl. gerichtlichen Auseinandersetzung gelassen entgegenzusehen, wenn Rat und Verwaltung gute Gründe für eine Ablehnung der Errichtung von Windkraftanlagen vorweisen können. Neben dem oben erwähnten Arten- und Landschaftsschutz könnte ein Orts – Entwicklungsplan andere, ja sogar bessere Wertvorstellungen für Finnentrop identifizieren als Windkraftanlagen. Man denke in diesem Kontext beispielsweise an den Tourismus.

Schließlich appelliert der CDU-Fraktionsvorsitzende in seiner Schuldfrage an die Grundstückseigentümer, *die ja vielleicht irgendwann den Profit aus diesen Windenergieanlagen erzielen, ...? Die könnten direkt und vor allem nachhaltig an unserer Situation was verändern!“* Diesen Appell hätte man vor mehr als 5 Jahren äußern sollen. Hätte die CDU in Finnentrop mit ihrer Machtfülle das nicht schaffen können? Aber damals gab es noch kein Erfordernis und keine Notwendigkeit, tätig zu werden, weil die Entstehung und Zunahme eines möglichen Widerstandes als ausgeschlossen eingeschätzt wurden. Waren vielleicht die Grundstückseigentümer auch zu nahe an der CDU?

Ratsmitglieder sind von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden. Sie repräsentieren in allen Entscheidungen die Bürgerinnen und Bürger. Damit repräsentieren sie auch deren Fragen nach Sinn und Unsinn der Energiewende, in erster Linie auf kommunaler Ebene. So darf und sollte man getrost davon ausgehen, dass die Ratsmitglieder, die sich für die Errichtung von Windkraftanlagen entschieden

haben, für die Windkraft und für die Energiewende sind. Das ist auch völlig in Ordnung. Nur sie hätten dies diskutieren müssen. Und vor allem: Sie hätten ihren Standpunkt vor der Öffentlichkeit vertreten müssen. Das beinhaltet unsere repräsentative Demokratie, in der die Volksvertreter für das Volk entscheiden.

Mit der Wahl bringt jede Bürgerin und jeder Bürger den gewählten Vertretern ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. Das sollte während einer Sitzungsperiode nicht neu eingefordert werden. Umgekehrt ist es richtig: Die gewählten Vertreter sollten dieses „Grundvertrauen“ im Interesse des Gemeinns immer vor Augen haben. 1.500 Unterschriften sind ein deutliches Votum. Alle, die mit ihrer Unterschrift Position bezogen haben, fürchten, dass die Windkraftanlagen tief in ihre Landschaft eingreifen. Sie entreißen den Bewohnern ihre Wohlgefühlgrundlage. Nimmt man an, dass die dort lebenden Menschen bewusst das Erbe ihrer Eltern übernommen haben, eigene Häuser errichteten und verantwortungsvoll die gewachsenen Traditionen fortsetzten, weil ihnen Heimat und Landschaft den soliden und sicheren Wert boten, dann wird ihnen mit der Errichtung von Windkraftanlagen dieser Wert entzogen.

Jedes Ratsmitglied entscheidet in Verantwortung vor sich persönlich und vor den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn sie dafür kritisiert werden, sollten sie nicht dünnhäutig reagieren.

Freie Wähler Finnentrop e.V.

Finnentrop, 17.05.2019